

# Stadtvertretung lehnt Vollzeitstelle ab

Warum Glückstadts Politik erneut gegen eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte stimmt

**Finn Warncke**

**GLÜCKSTADT** Es bleibt dabei: Glückstadt bekommt keine neue hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Das hat die Stadtvertretung am Donnerstagabend, 12. März, mehrheitlich entschieden – allerdings wurde darüber heftig diskutiert.

Seit knapp zwei Jahren hat die Stadt keine Gleichstellungsbeauftragte mehr. Die letzte hatte noch hauptamtlich gearbeitet, eine neue soll das ehrenamtlich tun. Für SPD, Grüne und Teile der FDP ein Unding. In den vergangenen Wochen hatten sie sich deshalb dafür eingesetzt, die Schraube wieder zurückzudrehen.

Ein Arbeitskreis aus Politik und Gesellschaft hatte eine Petition gestartet, die fast 400 Menschen unterzeichneten.

## Initiatorin macht sich für Petition stark

Initiiert hat sie Bürgerin Cynthia Philebrunn, die sich am Donnerstagabend erneut für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte starkmachte – und dabei auch gegen Teile der Politik austeilte, vor allem gegen die CDU und die Männer in der FDP.

Diese hatten sich nicht oder aus Philebrunns Sicht nur unzureichend zu dem Thema auf der Petitionsplattform geäußert. „Wenn sich Bürgerinnen und Bürger öffentlich mit einem Anliegen an ihre Stadtvertretung wenden, halte ich es für selbstverständlich, dass man darauf auch öffentlich reagiert – unabhängig davon, ob man zustimmt oder



Waren dabei, als die Petition überreicht wurde: Bürgermeister Rolf Apfeld (v.l.), Initiatorin Cynthia Philebrunn, Bürgervorsteher Lars Kasten, Martina Lischak vom Familienzentrum Glückstadt, Marion Oberender und Tania Schlie vom Arbeitskreis Gleichstellung, Felicitas Schönherr, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Steinburg, Astrid Neumann-Nielsen vom Arbeitskreis Gleichstellung und Ramon Arndt von den Grünen.

Foto: Cynthia Philebrunn

nicht“, sagte Philebrunn. Ein Vorwurf, den CDU und FDP so nicht stehen lassen wollten. Man habe sich dazu bereits ausführlich erklärt, sagte Markus Weinheimer (CDU) – und zwar in den diversen Ausschüssen, in denen das Thema diskutiert wurde. „So eine Petition ist wichtig für den Dialog, aber uns zwingen, uns dazu online zu äußern? Das kommt nicht infrage“, sagte Weinheimer.

## Grüne untermauern Argumente mit Daten

Ihre Standpunkte machten die Christdemokraten sowie die Bürger für Glückstadt (BFG) am Donnerstagabend noch mal deutlich – vor allem BFG-Fraktionsvorsitzender Siegfried Hansen. Er griff die Argumente auf, die zuvor Ramon Arndt von den Grünen für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte vorbrachte.

Frauen würden laut Arndt nach wie vor benachteiligt gegenüber Männern. Glückstadt brauche deshalb eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, insbesondere für die Präventionsarbeit. Arndt benutzte mehrere Daten und Zahlen, um seine Argumente zu untermauern, etwa Gewaltstatistiken gegenüber Frauen. Diese zeigen: Die Fälle von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt nehmen zu.

Arndt ging auch darauf ein, dass sich gerade bei jüngeren Männern wieder veraltete Geschlechterrollen einbrennen. Das zeigt etwa eine Malisa-Studie. „Das Weltbild verschiebt sich“, sagte Arndt. Glückstadt brauche eine handlungsfähige Gleichstellung. „Alle Menschen sollten gleich sein, aber das sind sie nicht. Wir müssen aktiv werden“, meinte Arndt.

Hansen sieht diese Probleme auch – allerdings müss-

ten sie gesamtgesellschaftlich angegangen werden. „Eine Gleichstellungsbeauftragte hat ihre Aufgaben überwiegend innerhalb der Verwaltung. Sie ist keine allgemeine Ansprechpartnerin für sämtliche gesellschaftliche Probleme“, sagte Hansen.

Tatsächlich kümmert sich eine Gleichstellungsbeauftragte darum, Personalentscheidungen mitzutreffen, Beschäftigte zu beraten, Projekte anzukurbeln, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, in Ausschüssen zu sitzen und sich ein Netzwerk aufzubauen. Für SPD und Grüne, die den Antrag für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte stellten, ein Vollzeitjob. Auch für Hansen eine wichtige Aufgabe, aber „keine kommunale Sozialbehörde“. Vieles müsse für Frauen besser werden, sagte auch Stefan Goronczy (FDP), „aber kann das eine

hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Glückstadt allein?“, fragte er.

CDU, BFG und Teile der FDP hatten zuvor auch argumentiert, dass es andernorts ebenfalls ehrenamtlich gemacht wird – und funktioniert. Gesetzlich verpflichtet ist die Stadt bislang ohnehin nicht. Eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte ist erst ab 15.000 Einwohnern vorgeschrieben. Andernorts gibt es sie zwar auch in kleineren Städten, etwa in Kellinghusen. Allerdings arbeitet die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte hier für das Amt Kellinghusen – und damit auch für die Umlandgemeinden, was in Summe mehr als 20.000 Einwohner sind.

Dass behauptet wird, Gleichstellungsarbeit funktioniert nicht ehrenamtlich, findet Hansen irritierend. Das säge generell am Stamm des Ehrenamts. Freiwillige

Feuerwehr, diverse soziale Initiativen und auch die Lokalpolitik arbeiten ehrenamtlich, zählte Hansen auf. Für den BFG-Fraktionsvorsitzenden folgt daraus: Wenn Verantwortung automatisch eine voll bezahlte Stelle voraussetzt, müssten auch alle anderen Ehrenämter in der Stadt hauptamtlich organisiert werden. „Das wäre kein Fortschritt, das wäre ein Angriff auf das Ehrenamt, auf dem unsere kommunale Demokratie seit Jahrzehnten beruht“, sagte Hansen.

Die Stadt hofft nun weiter, zeitnah eine Gleichstellungsbeauftragte zu finden. Philebrunn hatte schon vor der Stadtvertreterversammlung damit gerechnet, dass der Antrag für eine hauptamtliche Stelle abgelehnt wird. Doch aufgeben will sie nicht. „Eine Petition ist kein lästiger Zwischenruf, sondern ein Instrument demokratischer Beteiligung“, sagte sie.